

9. Europaministerkonferenz in Bonn (Bayern)

16.02.1995

Beschluß

TOP 1: Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 - Zwischenbericht an die Ministerpräsidentenkonferenz

Die Europaminister und -senatoren der Länder empfehlen den Regierungschefs zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 folgenden Beschluß:

1. Die Regierungschefs der Länder nehmen die Länderpositionen und den Zwischenbericht der Europaministerkonferenz über die Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 zustimmend zur Kenntnis und bitten die Europaministerkonferenz, weiter kontinuierlich über die Arbeiten der Regierungskonferenz zu berichten. Sie bitten die Fachministerkonferenzen, den von der Europaministerkonferenz erbetenen Bericht zur Kompetenzabgrenzung zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten möglichst frühzeitig zu erstellen, damit diese Überlegungen in die weitere Vorbereitung einfließen können.
2. Die Regierungschefs der Länder sind der Auffassung, daß bei der für 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Vertrages über die Europäische Union wesentliche Weichenstellungen für die Zukunft der europäischen Einigung insgesamt und die künftige Stellung der Länder in Europa vorgenommen werden müssen. Sie halten eine deutliche Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses durch institutionelle Reformen und eine klarere Kompetenzabgrenzung für dringend erforderlich, um
 - die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu erhalten und zu stärken;
 - die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips zu verbessern und die Zahl von Kompetenzstreitigkeiten zu vermindern;
 - der Europäischen Union zusätzliche Kompetenzen zur Bewältigung wichtiger Herausforderungen in der Innen- und Rechtspolitik zu geben;

- eine aktivere Rolle der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zu ermöglichen;
 - mit diesen Reformen zugleich Voraussetzungen für die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit assoziierten mittel- und osteuropäischen Reformstaaten zu schaffen.
3. Die Regierungschefs der Länder begrüßen das bereits im Vorfeld von der Bundesregierung unterbreitete Gesprächsangebot zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996. Sie halten eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Länder entsprechend Artikel 23 GG in Verbindung mit der Bund-Länder-Vereinbarung (VII. Nr.2) für notwendig. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf dieser Grundlage die Länder an den Vorbereitungen zur Regierungskonferenz sowie an den vorbereitenden und begleitenden Arbeiten und Besprechungen zu beteiligen, gemeinsam mit den Ländern die deutsche Verhandlungsposition zu erarbeiten und zwei Länder an den Verhandlungen der Regierungskonferenz zu beteiligen.

Für die Beteiligung an der Regierungskonferenz schlagen die Regierungschefs der Länder vor:

Vertreter der Länder

Bayern und Rheinland-Pfalz.

Vertreter dieser Länder sind

Baden-Württemberg und
Brandenburg

9. Europaministerkonferenz in Bonn (Bayern)**16.02.1995****Beschluß****TOP 2: Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996****Vorbereitung des Berichts des Rates an die Reflexionsgruppe über das Funktionieren des Vertrages**

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen die von der Ständigen Arbeitsgruppe vorgelegten Stellungnahme zu dem Bericht des Rates an die Reflexionsgruppe über das Funktionieren des Vertrages über die Europäische Union zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und -senatoren der Länder bitten den Vorsitzenden der Europaministerkonferenz, diesen Beschluß der Bundesregierung zuzuleiten. Sie bitten die Bundesregierung, die Stellungnahme und die hieraus entwickelten Vorschläge der Länder zu den Grundzügen eines Entwurfs für einen Bericht über das Funktionieren des Vertrages, die das Generalsekretariat des Rates zwischenzeitlich vorgelegt hat, bei der Festlegung ihrer Haltung zu berücksichtigen.
3. Um rasch zu einer zwischen Bund und Ländern abgestimmten gemeinsamen deutschen Haltung zur Weiterentwicklung des Vertrages über die Europäische Union zu gelangen, regen die Europaminister und -senatoren der Länder an, daß die Bundesregierung nunmehr möglichst umgehend ihre Ziele für die Regierungskonferenz 1996 festlegt.